
VERKÜNDUNGSBLATT

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN DER HOCHSCHULE SCHMALKALDEN

Nr. 5/2019

1. Oktober 2019

Inhalt

Inhaltsverzeichnis (Deckblatt).....	73
Satzung zur Einsetzung einer Kommission zur Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung und aus Gebühren für ein Seniorenstudium an der Hochschule Schmalkalden vom 20. Juni 2019.....	74
Berufungsordnung der Hochschule Schmalkalden vom 11. Juli 2019.....	75

Satzung zur Einsetzung einer Kommission zur Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung und aus Gebühren für ein Seniorenstudium an der Hochschule Schmalkalden

vom 20. Juni 2019

Gemäß §§ 3 Abs. 1, 35 Abs. 1 Nr. 1 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes (ThürHGEG) vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229) erlässt die Hochschule Schmalkalden folgende Satzung zur Einsetzung einer Kommission zur Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung und aus Gebühren für ein Seniorenstudium an der Hochschule Schmalkalden. Der Senat der Hochschule hat am 19. Juni 2019 die Satzung beschlossen. Der Rektor der Hochschule Schmalkalden hat mit Erlass vom 20. Juni 2019 die Satzung genehmigt.

§ 1

Geltungsbereich und allgemeine Grundsätze

- (1) Diese Satzung regelt Näheres zur Einsetzung einer Kommission zur Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung und aus Gebühren für ein Seniorenstudium an der Hochschule Schmalkalden und über das diesbezügliche Verfahren.
- (2) Die Einnahmen aus den Gebühren nach den §§ 4 und 10 ThürHGEG werden insbesondere dafür verwendet, das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern, zusätzliche Tutorien anzubieten und die Ausstattung der Hochschulbibliothek sowie der Lehr- und Laborräume zu verbessern.
- (3) Status- und Funktionsbezeichnungen dieser Satzung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 2

Mitgliedschaft in der Kommission

- (1) Der Kommission gehören stimmberechtigt an:
 1. der Kanzler der Hochschule
 2. ein vom Erweiterten Präsidium benanntes Mitglied aus der Gruppe der Hochschullehrer
 3. zwei vom zentralen Organ der Studierendenschaft benannte Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden
 4. ein von den Senatsvertretern der Studierenden benanntes Mitglied aus der Gruppe der Studierenden.
- (2) Die Kommission wird durch den Kanzler der Hochschule geleitet, der auch zu den Sitzungen einlädt.
- (3) Die Kommission tagt in der Regel einmal im Kalenderjahr; eine Sitzung wird auch einberufen, wenn dies eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder durch schriftlichen Antrag verlangt.

§ 3

Entscheidung über die Mittelverwendung

Die Entscheidung über die Verwendung der Einnahmen aus Gebühren bei Regelstudienzeitüberschreitung und aus Gebühren für ein Seniorenstudium trifft unter Beachtung des § 1 Abs. 2 das Präsidium der Hochschule. Die Entscheidung bedarf des Einvernehmens seitens der Kommission nach § 1 Abs. 1 durch einen mit der Mehrheit der Kommissionsmitglieder gefassten Beschluss. Wird das Einvernehmen nicht hergestellt, sind die hierfür maßgeblichen Gründe aktenkundig zu machen. § 7 der Grundordnung der Hochschule gilt entsprechend.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am ersten Tag des auf ihre Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Hochschule Schmalkalden folgenden Monats in Kraft.

Schmalkalden, 20. Juni 2019

Der Rektor
Prof. Dr.-Ing. Elmar Heinemann

Berufungsordnung der Hochschule Schmalkalden

vom 11. Juli 2019

Gemäß §§ 3 Abs. 1, 35 Abs. 1 Nr.1 und § 85 Abs. 9 Satz 4 des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 128 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731) erlässt die Hochschule Schmalkalden folgende Berufsungsordnung. Der Senat der Hochschule hat am 10. Juli 2019 die Berufsungsordnung beschlossen. Der Rektor der Hochschule Schmalkalden hat mit Erlass vom 11. Juli 2019 die Ordnung genehmigt.

Inhaltsverzeichnis:

- § 1 Regelungsgegenstand
- § 2 Einleitung des Verfahrens
- § 3 Einsetzung der Berufungskommission
- § 4 Berufsungsbeauftragter
- § 5 Verfahren in der Berufungskommission
- § 6 Bewerbungen
- § 7 Bewerberauswahl
- § 8 Gutachten
- § 9 Berufsungsliste
- § 10 Verfahren im Fakultätsrat
- § 11 Hausberufung
- § 12 Verfahren im Präsidium
- § 13 Verfahren im Senat
- § 14 Ruferteilung
- § 15 Inkrafttreten

§ 1

Regelungsgegenstand

- (1) Diese Ordnung regelt auf der Grundlage des Thüringer Hochschulgesetzes das Verfahren zur Besetzung von Professorenstellen.
- (2) Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Ordnung gelten mit Ausnahme der Funktion der Gleichstellungsbeauftragten jeweils in weiblicher und männlicher Form.
- (3) Soweit in dieser Ordnung auf das Thüringer Hochschulgesetz Bezug genommen wird, handelt es sich um das Thüringer Hochschulgesetz (ThürHG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 149) in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2

Einleitung des Verfahrens

- (1) Ist oder wird die Stelle eines Professors frei, prüft das Präsidium, ob die Stelle besetzt werden kann, welcher Fachrichtung sie dienen und welcher Fakultät sie zugeordnet werden soll. Dabei ist insbesondere auch die Entwicklungsplanung der Hochschule zu berücksichtigen. Die betroffenen Fakultäten sind zu beteiligen; die Angelegenheit ist im Erweiterten Präsidium zu erörtern. Gelangt das Präsidium nach Abschluss der Überprüfung zu dem Ergebnis, dass eine Stellenbesetzung erfolgen kann, ist die Stelle öffentlich in mindestens zwei dafür geeigneten Medien – mindestens einem Printmedium – auszuschreiben. Mindestens ein Medium soll international bekannt und zugänglich sein. Zusätzlich erfolgt eine Veröffentlichung im Internet-Angebot der Hochschule. Die Ausschreibungsfrist soll mindestens vier Wochen betragen.
- (2) Die Ausschreibung erfolgt durch das Präsidium. Sie muss das Fachgebiet sowie Art und Umfang der zu erfüllenden Aufgaben beschreiben. Der Ausschreibungstext wird von der Fakultät erarbeitet und dem Präsidium vorgelegt. Hält das Präsidium Änderungen am Ausschreibungstext für erforderlich, ist hinsichtlich dieser Änderungen das Einvernehmen mit der betroffenen Fakultät herzustellen.
- (3) Der Ausschreibungstext ist auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten. Diese kann durch die Einleitung geeigneter Maßnahmen die Bewerbung von Frauen befördern.

- (4) Zusätzlich zu der obligatorischen Ausschreibung der Stelle können auch weitere geeignete Verfahren der Personalrekrutierung Anwendung finden.
- (5) Der Hochschulrat ist über erfolgte Ausschreibungen und erfolgte Berufungen zu informieren.

§ 3

Einsetzung der Berufungskommission

- (1) Die zuständige Fakultät setzt zur Vorbereitung des Berufungsvorschlages eine Berufungskommission ein. Dieser gehören fünf Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer, zwei Vertreter der Gruppe der Studierenden und ein Vertreter der Gruppe der akademischen Mitarbeiter stimmberechtigt an; sind die akademischen und die Mitarbeiter in Technik und Verwaltung zur Gruppe der Mitarbeiter zusammengefasst worden, gehört ein Vertreter dieser Gruppe der Berufungskommission an. Mindestens einer der Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer soll einer anderen Hochschule angehören.
- (2) Mindestens 40 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder der Berufungskommission sollen Frauen sein; mit Zustimmung der Gleichstellungsbeauftragten kann diese Quote aus sachlichen Gründen unterschritten werden. Ein sachlicher Grund ist insbesondere gegeben, wenn in einer Fakultät in den verschiedenen Mitgliedergruppen Frauen zum Zeitpunkt der Einsetzung der Berufungskommission noch stark unterrepräsentiert sind. Die Gründe für eine Unterschreitung der Quote sind im Abschlussbericht zu dokumentieren.
- (3) Die Mitglieder der Berufungskommission werden von dem Erweiterten Fakultätsrat gewählt. Der Erweiterte Fakultätsrat soll auch den Vorsitzenden der Berufungskommission bestimmen, der der Gruppe der Hochschullehrer angehören muss; anderenfalls ist der Vorsitzende von der Berufungskommission zu wählen.

§ 4

Berufungsbeauftragter

- (1) Der Präsident bestellt auf der Grundlage eines Beschlusses des Erweiterten Präsidiums und im Einvernehmen mit dem Senat in der Regel zwei Professoren zu Berufsbeauftragten. Die Berufsbeauftragten sollen unterschiedlichen Fachdisziplinen angehören. Der Bestellungszeitraum beträgt drei Jahre. Mehrfache Wiederbestellung ist möglich. Ein Berufsbeauftragter soll keine Berufungsverfahren der Fakultät, in der er Mitglied ist, begleiten.
- (2) Der Berufsbeauftragte soll an allen Sitzungen der Berufungskommission ohne Stimmrecht teilnehmen. Er soll dabei darauf hinwirken, dass die Struktur- und Entwicklungsplanung der Hochschule und die in der Ausschreibung festgelegten Kriterien in der Kommissionsarbeit und bei deren Entscheidungen Berücksichtigung finden. Der Berufsbeauftragte unterstützt die Berufungskommission bei der Einhaltung der Verfahrensvorschriften.
- (3) Auf Antrag des Berufsbeauftragten an das Präsidium wird dieser bei der Erfüllung seiner Aufgaben von Mitgliedern der Hochschulverwaltung, die über die notwendige Sachkunde verfügen, unterstützt.
- (4) Der Präsident entscheidet jeweils vor Ablauf der Ausschreibungsfrist, welcher der Beauftragten das Berufungsverfahren begleitet.

§ 5

Verfahren in der Berufungskommission

- (1) Der Vorsitzende bereitet die Sitzungen der Berufungskommission vor und leitet sie, führt die Geschäfte der Berufungskommission nach Maßgabe ihrer Beschlüsse und vertritt den von ihr beschlossenen Berufungsvorschlag. Der Vorsitzende weist die Berufungskommissionsmitglieder zu Beginn der konstituierenden Sitzung auf ihre Verschwiegenheitspflicht sowie auf die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes hin.
- (2) Zu allen Sitzungen der Berufungskommission und zu den Vorstellungsveranstaltungen sind der zuständige Berufsbeauftragte der Hochschule, die Gleichstellungsbeauftragte, der Diversitätsbeauftragte und für den Fall, dass sich Schwerbehinderte beworben haben, auch die Schwerbehindertenvertretung einzuladen. Das Präsidium und das Dekanat der betreffenden Fakultät werden über die Sitzungstermine rechtzeitig informiert. Die Mitglieder des Präsidiums und des Dekanats sind berechtigt, an allen Sitzungen der Berufungskommission teilzunehmen.
- (3) Die Berufungskommission tagt in nicht öffentlicher Sitzung. Über jede Sitzung ist ein Protokoll über die Beschlüsse und die sie tragenden Erwägungen zu erstellen. Es werden Anwesenheitslisten geführt. Die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten und des Diversitätsbeauftragten ist zu dokumentieren. Gleiches gilt für die Schwerbehindertenvertretung, soweit diese am Verfahren zu beteiligen ist. Der Vorsitzende leitet an die Gleichstellungsbeauftragte, den Diversitätsbeauftragten und die Schwerbehindertenvertretung, soweit diese am Verfahren zu beteiligen ist, unverzüglich Kopien der jeweiligen Sitzungsprotokolle weiter.

- (4) Die Berufungskommission ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Der Berufungsbeauftragte, die Gleichstellungsbeauftragte, der Diversitätsbeauftragte und die Vertretung der Schwerbehinderten nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil. Beschlüsse werden mit den Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Die Beschlüsse bedürfen gem. § 6 Abs. 7 der Grundordnung der Hochschule außerdem der Mehrheit der der Berufungskommission angehörenden Professoren. Beschlüsse über den Berufungsvorschlag ergehen in geheimer Abstimmung.

§ 6 Bewerbungen

- (1) Die Bewerber erhalten von der Hochschulverwaltung eine Eingangsbestätigung.
- (2) Die eingegangenen Bewerbungen werden von der betreffenden Fakultät nach den jeweils geltenden gesetzlichen Einstellungsvoraussetzungen sowie nach den von der Kommission zusätzlich definierten Auswahlkriterien in einer Übersicht erfasst. Die Übersicht enthält mindestens nähere Angaben zu: Person, Studium, Promotion, Berufstätigkeit, Lehrerfahrung und ggf. weitere Angaben wie Art und Umfang der Veröffentlichungen, besondere Kenntnisse, Schwerbehinderung. Die Übersichten der Bewerber dürfen ausschließlich von den Mitgliedern der Berufungskommission und des zuständigen Fakultätsrats, dem zuständigen Dekanat, dem Präsidium, den Mitgliedern des Senats, dem Berufungsbeauftragten sowie der Gleichstellungsbeauftragten, dem Diversitätsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung mit dem Hinweis eingesehen oder diesen ausgehändigt werden, dass es sich um streng vertrauliche Personalangelegenheiten handelt.
- (3) Die Berufungskommission prüft in jedem Einzelfall, ob der Bewerber die jeweils geltenden gesetzlichen Einstellungsvoraussetzungen sowie die von der Berufungskommission – unter Berücksichtigung der in der Stellenausschreibung formulierten Anforderungen – festgelegten Auswahlkriterien erfüllt. Fehlende Nachweise, die für die Feststellung der Befähigung des Bewerbers notwendig sind, werden bei begründetem Interesse von dem Vorsitzenden der Berufungskommission mit einer angemessenen Fristsetzung angefordert. Die Zeiten der beruflichen Praxis sollen nach Beendigung des Studiums möglichst in längeren, zusammenhängenden Zeiträumen erbracht worden und bezogen auf die zu besetzende Stelle fachlich einschlägig sein. Soll von der gesetzlichen Voraussetzung einer mindestens fünfjährigen beruflichen Praxis, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen, ausnahmsweise abgewichen werden (z. B. weil die Professur einen vornehmlich theoretischen Bezug hat und keinen berufspraktischen Hintergrund erfordert), ist dies ausführlich zu begründen.
- (4) Die Bewerber werden von dem Vorsitzenden der Berufungskommission zu einer Vorstellungsveranstaltung eingeladen. Es sind nur solche Bewerber einzuladen, die nach Überprüfung der jeweils geltenden gesetzlichen Einstellungsvoraussetzungen sowie der von der Berufungskommission festgelegten Auswahlkriterien Aussicht auf die Aufnahme in die Berufungsliste haben. Die Berufungskommission fasst zu jedem Bewerber einen Beschluss über die Einladung oder Nichteinladung. Die Gründe für die Nichteinladung sind im Protokoll nachvollziehbar zu dokumentieren. Die Gleichstellungsbeauftragte kann verlangen, dass die Berufungskommission nochmals prüft und neu bewertet, ob eine von ihr benannte Person aus dem Kreis der Bewerber in die Vorstellung und Begutachtung einbezogen wird. Hält die Berufungskommission auch nach erneuter Prüfung und Bewertung an ihrer Entscheidung fest, gilt Satz 4 entsprechend.
- (5) Die Berufungskommission beschließt über die zu präsentierenden Fachthemen, den Ablauf und die Termine der Vorstellungsveranstaltungen. Bestandteil jeder Vorstellungsveranstaltung muss eine hochschulöffentliche Probelehrveranstaltung mit anschließender Diskussion sowie ein Gespräch mit dem Bewerber im Rahmen einer nicht öffentlichen Sitzung der Berufungskommission sein. Daneben können weitere geeignete Veranstaltungsformen genutzt werden, um die Entscheidungsfindung in der Berufungskommission zu befördern.
- (6) Ein Berufungsvorschlag der Berufungskommission soll drei Bewerber in der Reihenfolge entsprechend ihrer Eignung für die zu besetzende Stelle ausweisen. Sind bei der Erstausschreibung weniger als drei Bewerber zur Einladung für die Vorstellungsveranstaltung geeignet oder hält es die Berufungskommission aus anderen Gründen für nicht hinreichend wahrscheinlich, dass ein Berufungsvorschlag mit drei Bewerbern zustande kommt, ist die Ausschreibung in der Regel zu wiederholen. Hält auch nach einer dritten Ausschreibung die Berufungskommission eine erneute Ausschreibung für erforderlich, gilt § 2 dieser Ordnung entsprechend.

§ 7 Bewerberauswahl

- (1) Die Berufungskommission hat rechtzeitig und in geeigneter Weise Zeit und Ort der Probelehrveranstaltung bekannt zu geben.
- (2) Nach Durchführung der Vorstellungsveranstaltungen beschließt die Berufungskommission über die Listenfähigkeit der gehörten Bewerber unter Würdigung der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung. Im Protokoll sind die Gründe zur Entscheidung über die Listenfähigkeit ausführlich wiederzugeben. Kommen weniger als drei Bewerber für eine Listenplatzierung in Betracht, so befindet die Berufungskommission darüber, ob weitere Bewerber zu einer Vorstellungsveranstaltung eingeladen werden sollen. Liegen keine weiteren geeigneten Bewerbungen vor, so befindet die Berufungskommission darüber, ob eine wiederholte Ausschreibung vorgeschlagen werden soll. § 6 Abs. 6 Satz 3 dieser Ordnung gilt entsprechend.
- (3) Für den Fall, dass die Berufungskommission keine ausreichenden Mehrheitsverhältnisse für die Listenfähigkeit von drei Bewerbern erreichen kann, kann die Berufungskommission zur Fundierung ihrer Entscheidung beschließen, grundsätzlich geeignete Kandidaten nochmals einzuladen und zu befragen. Abs. 2 gilt für diesen Fall sinngemäß.

§ 8 Gutachten

- (1) Für die als Listenplatzierte vorgesehenen Bewerber sind grundsätzlich zwei Gutachten auswärtiger Professoren des betreffenden Berufsgebiets einzuholen, die auf das Vorliegen der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung für die zu besetzende Stelle eingehen und auch eine vergleichende Einschätzung der vorgeschlagenen Bewerber enthalten sollen.
- (2) Die Gutachter dürfen keine wissenschaftliche Arbeit eines zu begutachtenden Bewerbers betreut oder begleitet haben. Den Gutachtern sind die für die Begutachtung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Dazu zählen auch weitere Gutachten über die Bewerber, soweit solche vorliegen. Die Gutachter sind vom Berufungskommmissionsvorsitzenden auf ihre Verschwiegenheitspflicht hinzuweisen und zur Rückgabe der überlassenen Unterlagen nach Gutachtenerstellung aufzufordern.
- (3) Hält ein Gutachter eine ihm gesetzte Frist nicht ein, so ist die Berufungskommission berechtigt, einen anderen Gutachter mit der Begutachtung zu beauftragen. Der ursprünglich beauftragte Gutachter wird unter Hinweis auf die Fristüberschreitung hierüber informiert.

§ 9 Berufungsliste

- (1) Zum Abschluss ihrer Arbeit beschließt die Berufungskommission einen Berufungsvorschlag, der bei Erstausschreibung drei namentliche Vorschläge in einer Rangfolge (Berufungsliste) enthalten soll. Ist die Stelle wiederholt mit gleicher Aufgabenumschreibung ausgeschrieben worden, können weniger als drei Einzelvorschläge vorgeschlagen werden. Werden weniger als drei Bewerber in den Berufungsvorschlag aufgenommen, sind die Gründe hierfür eingehend darzulegen.
- (2) Der Vorsitzende der Kommission erstellt einen zusammenfassenden Abschlussbericht über das Berufungsverfahren. Dieser muss den Ablauf des Verfahrens darstellen und für jeden Einzelvorschlag eine ausführliche Würdigung des vorgeschlagenen Bewerbers hinsichtlich der wissenschaftlichen Ausbildung, des beruflichen Werdegangs, der wissenschaftlichen Leistungen in der beruflichen Praxis, des Verlaufs und der Ergebnisse der Vorstellungsveranstaltung, der gesetzlichen Einstellungs Voraussetzungen sowie der fachlichen, pädagogischen und persönlichen Eignung enthalten. Die Gutachten sind in die Würdigung einzubeziehen. Außerdem ist eine vergleichende Würdigung der Rangfolge vorzunehmen. Weicht der Berufungsvorschlag in der Rangfolge vom Ergebnis des vergleichenden Gutachtens ab, ist eine ausführliche Begründung für die abweichende Rangfolge vorzunehmen. Hinsichtlich der pädagogischen Eignung ist das schriftliche Votum der Vertreter der Gruppe der Studierenden besonders zu würdigen. Der Abschlussbericht ist von allen Mitgliedern der Berufungskommission zu unterzeichnen. Dem Bericht sind Stellungnahmen der Gleichstellungsbeauftragten, des Diversitätsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung beizufügen; werden Einwendungen erhoben, sind diese eingehend schriftlich zu würdigen.
- (3) Sieht sich die Berufungskommission nicht in der Lage, einen Berufungsvorschlag zu erarbeiten, fasst sie einen entsprechenden Beschluss und teilt diesen unverzüglich dem zuständigen Dekanat sowie dem Präsidium mit.
- (4) Wird ein Berufungsvorschlag nicht innerhalb von zwei Jahren nach Beginn des Verfahrens erarbeitet, ist das Präsidium hierüber zu unterrichten. Das Präsidium entscheidet nach Anhörung der Fakultät und nach Erörterung im Erweiterten Präsidium über die Fortführung des Verfahrens. Für den Fall, dass die Fakultät die zeitliche Verzögerung nicht zu vertreten hat, ist die Frist zur Vorlage eines Berufungsvorschlages angemessen zu verlängern.

§ 10 Verfahren im Fakultätsrat

- (1) Ein von der Berufungskommission beschlossener Berufungsvorschlag wird dem Fakultätsrat über das Dekanat zugeleitet. Der Fakultätsrat beschließt in einer nicht öffentlichen Sitzung in geheimer Abstimmung über den Berufungsvorschlag der Berufungskommission. Zur Sitzung sind die Gleichstellungsbeauftragte, der Diversitätsbeauftragte und für den Fall, dass sich Schwerbehinderte beworben haben, auch die Schwerbehindertenvertretung einzuladen.
- (2) Zur Beschlussfassung und Abstimmung im Fakultätsrat gilt § 5 Abs. 4 dieser Ordnung entsprechend.
- (3) Stimmt der Fakultätsrat dem Berufungsvorschlag der Berufungskommission nicht zu, so gibt das Dekanat den Berufungsvorschlag unter schriftlicher Angabe von Gründen zur erneuten Beratung und Beschlussfassung an die Berufungskommission zurück. Hierzu ist eine angemessene Frist zu setzen. Stimmt der Fakultätsrat dem erneuten Berufungsvorschlag der Berufungskommission wiederum nicht zu, so kann er einen von dem Vorschlag der Berufungskommission abweichenden Berufungsvorschlag beschließen oder einen Beschluss zur Einstellung des Verfahrens fassen. Wird das Verfahren eingestellt, ist das Präsidium hierüber unverzüglich zu unterrichten. Hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise gilt § 2 dieser Ordnung entsprechend.

§ 11 Hausberufungen

Mitglieder der Hochschule Schmalkalden dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen zur Berufung vorgeschlagen werden. In diesem Fall muss der Berufungsvorschlag drei Personen umfassen.

§ 12 Verfahren im Präsidium

Der vom Fakultätsrat beschlossene Berufungsvorschlag ist dem Präsidium vorzulegen. Dieses prüft, ob alle Verfahrensvorschriften und gesetzlichen Vorgaben eingehalten worden sind. Hierzu holt das Präsidium auch eine Stellungnahme des Berufungsbeauftragten ein. Der vorgelegte Berufungsvorschlag wird in der nächsten Sitzung des Senats behandelt, falls er spätestens drei Wochen vor dem Sitzungstermin im Präsidium eingegangen ist. Etwas anderes gilt, wenn die Prüfung des Präsidiums nach Satz 2 begründeten Anlass zu Beanstandungen ergibt. In diesem Fall sind der zuständigen Fakultät die Gründe unverzüglich mitzuteilen und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Können die Mängel des Berufungsverfahrens nicht geheilt werden oder gibt ein Berufungsvorschlag nach Abschluss des Verfahrens nach Satz 6 weiterhin begründeten Anlass zu Beanstandungen, kann das Präsidium beschließen, das Berufungsverfahren einzustellen. Über ein neues Berufungsverfahren ist gem. § 2 dieser Ordnung zu entscheiden.

§ 13 Verfahren im Senat

- (1) Die Befassung im Senat der Hochschule erfolgt in nicht öffentlicher Sitzung.
- (2) Der Senat beschließt in geheimer Abstimmung – nach Gruppen getrennt – über die Stellungnahme zum Berufungsvorschlag. Soweit die Abstimmung nicht einstimmig erfolgt, ist das Abstimmungsergebnis der Vertreter der Gruppe der Hochschullehrer im Protokoll gesondert auszuweisen.
- (3) Gibt der Senat ein negatives Votum ab, gilt § 12 Satz 6 dieser Ordnung entsprechend. Wird auch bei einer erneuten Befassung des Senates ein negatives Votum abgegeben, hat der Präsident dies bei seiner Entscheidung über den Berufungsvorschlag eingehend zu würdigen.

§ 14 Ruferteilung

- (1) Nach Abschluss der Senatsbeteiligung entscheidet der Präsident über den Berufungsvorschlag. In der Regel ist der Ruf zunächst dem Erstplatzierten zu erteilen. Will der Präsident in begründeten Fällen von der Reihenfolge des Berufungsvorschlages abweichen, ist die betreffende Fakultät zu hören. Die Stellungnahme ist bei der Entscheidung zu würdigen.
- (2) Bestehen gegen einen oder mehrere Listenplatzierte Bedenken, ist der betreffenden Fakultät Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

- (3) Bestehen gegen alle Listenplatzierten Bedenken oder lehnen alle Listenplatzierten den erteilten Ruf ab, gibt der Präsident den Berufungsvorschlag zurück und fordert die betreffende Fakultät auf, in angemessener Frist einen neuen Berufungsvorschlag vorzulegen. Die Frist nach Satz 1 muss so bemessen sein, dass auch eine nochmalige Ausschreibung möglich ist. Ist die Vorlage eines neuen Berufungsvorschlags nach Auffassung der Fakultät aufgrund der Bewerberlage oder aus sonstigen Gründen nicht möglich, teilt sie dies dem Präsidenten schriftlich mit. In diesen Fällen ist das Berufungsverfahren mit Eingang der Mitteilung beendet. Für ein neues Berufungsverfahren gilt § 2 dieser Ordnung entsprechend.

**§ 15
Inkrafttreten**

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Verkündungsblatt der Hochschule Schmalkalden in Kraft. Gleichzeitig tritt die Berufsordnung vom 25. Februar 2009 (Amtliche Bekanntmachungen der Fachhochschule Schmalkalden – Verkündungsblatt Nr. 1/2009, S. 4) außer Kraft.

Schmalkalden, 11. Juli 2019

Der Rektor
Prof. Dr. Elmar Heinemann

